I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 288/82 DES RATES

vom 5. Februar 1982

betreffend die gemeinsame Einfuhrregelung

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,

gestützt auf die Regelungen für die gemeinsamen Agrarmarktorganisationen sowie die Regelungen nach Artikel 235 des Vertrages für landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse und insbesondere die Vorschriften dieser Regelungen, die ein Abweichen von dem allgemeinen Grundsatz ermöglichen, daß alle mengenmäßigen Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung lediglich durch die in diesen Regelungen vorgesehenen Maßnahmen ersetzt werden,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die gemeinsame Handelspolitik ist nach einheitlichen Grundsätzen zu gestalten. Die in der Verordnung (EWG) Nr. 926/79 (1) festgelegte Einfuhrregelung spielt im Rahmen dieser Politik eine wichtige Rolle.

Die Liberalisierung der Einfuhren, d. h. der Verzicht auf alle mengenmäßigen Beschränkungen, abgesehen von den in der gemeinschaftlichen Regelung vorgesehenen Ausnahmen und Abweichungen, bildet den Ausgangspunkt für gemeinsame Regeln auf diesem Gebiet.

Die Kommission muß durch die Mitgliedstaaten von jeder Gefahr unterrichtet werden, die sich aus der Entwicklung der Einfuhren ergibt und die Anwendung von Schutzmaßnahmen erforderlich machen könnte.

Die Kommission muß in diesem Fall die Bedingungen der Einfuhr, ihre Entwicklung und die verschiedenen Gesichtspunkte der Wirtschafts- und Handelslage sowie gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen prüfen.

Es kann sich als notwendig erweisen, einige dieser Einfuhren einer gemeinschaftlichen oder einzelstaatlichen Überwachung zu unterstellen.

In diesem Fall ist es angebracht, die Abfertigung der betreffenden Waren zum freien Verkehr von der Vorlage eines Einfuhrdokuments abhängig zu machen, das einheitlichen Kriterien entspricht. Dieses Dokument muß auf Erklärung oder einfachen Antrag des Einführers von den Behörden der Mitgliedstaaten innerhalb einer gewissen Frist erteilt oder mit einem Sichtvermerk versehen werden; dies begründet jedoch für den Einführer keinerlei Anspruch auf die Einfuhr. Das Dokument kann daher nur bis zu dem Zeitpunkt verwandt werden, zu dem die Einfuhrregelung geändert wird.

Im Interesse der Gemeinschaft ist es wichtig, daß die Mitgliedstaaten und die Kommission einander möglichst umfassend über die Ergebnisse der gemeinschaftlichen oder einzelstaatlichen Überwachung unterrichten.

Es obliegt der Kommission und dem Rat, unter Berücksichtigung der bestehenden internationalen Verpflichtungen die Schutzmaßnahmen zu beschließen, die im Interesse der Gemeinschaft notwendig sind. Schutzmaßnahmen gegenüber einem Land, das Vertragspartei des GATT ist, können deshalb nur dann in Betracht gezogen werden, wenn die betreffende Ware in derart erhöhten Mengen und unter derartigen Bedingungen in die Gemeinschaft eingeführt wird, daß dadurch den Gemeinschaftserzeugern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren ernsthafter Schaden entsteht oder zu entstehen droht, es sei denn, die internationalen Verpflichtungen ermöglichen eine Abweichung von dieser Regel.

Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, unter bestimmten Voraussetzungen vorsorglich einzelstaatliche Schutzmaßnahmen zu treffen.

Artikel 14 Absatz 6 und Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 926/79 sehen vor, daß der Rat über die an dieser Verordnung vorzunehmenden Anpassungen beschließt.

(1) ABl. Nr. L 131 vom 29. 5. 1979, S. 15.

Eine Überprüfung dieser Verordnung im Lichte der gewonnenen Erfahrungen hat ergeben, daß präzisere Kriterien für die Beurteilung des etwaigen Schadens aufgestellt und ein Untersuchungsverfahren eingeführt werden müssen, was nicht ausschließt, daß die Kommission und die Mitgliedstaaten in dringenden Fällen die erforderlichen Maßnahmen treffen können.

Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, detailliertere Bestimmungen über die Eröffnung dieses Untersuchungsverfahrens, die erforderlichen Kontrollen und Überprüfungen, die Anhörung der Betroffenen, die Behandlung der eingegangenen Informationen und die Kriterien für die Beurteilung des Schadens vorzusehen.

Die in der vorliegenden Verordnung enthaltenen Bestimmungen über die Untersuchungsverfahren beeinträchtigen nicht die gemeinschaftlichen und die einzelstaatlichen Vorschriften über das Berufsgeheimnis.

Es hat sich im übrigen gezeigt, daß eine Liste der auf einzelstaatlicher Ebene noch angewandten mengenmäßigen Beschränkungen der Einfachheit halber und im Hinblick auf eine größere Tranzparenz der Einfuhrregelungen einer gemeinsamen Liberalisierungsliste vorzuziehen ist.

Es ist wichtig, über ein Verfahren zu verfügen, das anwendbar ist, wenn in einigen Mitgliedstaaten aufrechterhaltene Einfuhrbeschränkungen geändert werden; diese autonomen Änderungen müssen einer vorherigen Konsultation und erforderlichenfalls einem Zustimmungsverfahren unterzogen werden, damit sie nicht die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik behindern und die Interessen der Gemeinschaft oder eines ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigen.

Ferner sollten die Bestimmungen des im Rahmen des GATT unterzeichneten Übereinkommens über Einfuhrlizenzverfahren in Gemeinschaftsrecht umgesetzt werden, um insbesondere eine größere Transparenz der von den Mitgliedstaaten angewandten Beschränkungsregelungen zu gewährleisten.

Es ist angezeigt, die so geänderte Verordnung im vollen Wortlaut zu veröffentlichen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

TITEL I

Allgemeine Grundsätze

Artikel 1

(1) Diese Verordnung gilt für die Einfuhr der unter den Vertrag fallenden Waren mit Ursprung in Drittländern, mit Ausnahme

— der unter eine besondere gemeinsame Einfuhrregelung fallenden Textilwaren während der Geltungsdauer dieser Regelung, vorbehaltlich der Maßnahmen, die gemäß Titel IV bei diesen Waren getroffen werden können,

— der unter die Verordnung (EWG) Nr. 925/79 (1) fallenden Waren mit Ursprung in Staatshandelsländern,

— der unter die Verordnung (EWG) Nr. 2532/78 (2) fallenden Waren mit Ursprung in der Volksrepublik China und

— der Waren mit Ursprung in Kuba.

(2) Die Einfuhr der in Absatz 1 genannten Waren in die Gemeinschaft ist frei, d. h. sie unterliegt keiner mengenmäßigen Beschränkung, unbeschadet

— der Maßnahmen, die gemäß Titel V getroffen werden können,

— der Maßnahmen, die gemäß Titel VI beibehalten werden,

— der mengenmäßigen Beschränkung für die in Anhang I aufgeführten Waren, die in den in diesem Anhang bei den jeweiligen Waren angegebenen Ländern aufrechterhalten werden.

Artikel 2

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die Streichung bestimmter Waren in Anhang I beschließen, sofern dadurch seines Erachtens keine Lage entstehen kann, die die Wiedereinführung von Schutzmaßnahmen rechtfertigen würde.

TITEL II

Gemeinschaftliches Informations- und Konsultationsverfahren

Artikel 3

Sollte die Entwicklung der Einfuhren Überwachungs- und Schutzmaßnahmen erforderlich machen, so wird der Kommission dies von den Mitgliedstaaten mitgeteilt. Diese Mitteilung muß die gemäß den Kriterien des Artikels 9 verfügbaren Nachweise enthalten. Die Kommission leitet diese Mitteilung unverzüglich an sämtliche Mitgliedstaaten weiter.

Artikel 4

Auf Antrag eines Mitgliedstaats oder auf Veranlassung der Kommission können Konsultationen einge-

(1) ABl. Nr. L 131 vom 29. 5. 1979, S. 1.
(2) ABl. Nr. L 306 vom 31. 10. 1978, S. 1.

leitet werden. Sie müssen innerhalb von acht Arbeitstagen nach Eingang der in Artikel 3 genannten Mitteilung bei der Kommission und auf jeden Fall vor der Einführung jedweder Überwachungs- oder Schutzmaßnahme der Gemeinschaft stattfinden.

Artikel 5

(1) Die Konsultationen finden in einem beratenden Ausschuß — im folgenden „Ausschuß" genannt — statt; der Ausschuß besteht aus Vertretern eines jeden Mitgliedstaats; ein Vertreter der Kommission führt den Vorsitz.

(2) Der Ausschuß wird von seinem Vorsitzenden einberufen. Dieser übermittelt den Mitgliedstaaten so bald wie möglich alle zweckdienlichen Informationen.

(3) Die Konsultationen betreffen insbesondere:

a) die Bedingungen der Einfuhren und ihre Entwicklung sowie die verschiedenen Gesichtspunkte der Wirtschafts- und Handelslage bei der betreffenden Ware;

b) die gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen.

(4) Erforderlichenfalls können die Konsultationen schriftlich stattfinden. In diesem Fall unterrichtet die Kommission die Mitgliedstaaten; diese können innerhalb einer von der Kommission festzusetzenden Frist, die zwischen fünf und acht Arbeitstagen liegen kann, ihre Stellungnahme abgeben oder eine mündliche Konsultation beantragen.

TITEL III

Gemeinschaftliches Untersuchungsverfahren

Artikel 6

(1) Wenn bei Abschluß der Konsultationen für die Kommission ersichtlich wird, daß ausreichende Nachweise vorliegen, um die Einleitung einer Untersuchung zu rechtfertigen, verfährt die Kommission wie folgt:

a) Sie gibt die Einleitung einer Untersuchung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* bekannt; diese Bekanntmachung legt die eingegangenen Informationen in zusammengefaßter Form dar und weist darauf hin, daß alle sachdienlichen Angaben der Kommission zu übermitteln sind. Sie setzt die Frist fest, innerhalb der die Betroffenen eine schriftliche Stellungnahme abgeben können.

b) Sie leitet die Untersuchung im Zusammenwirken mit den Mitgliedstaaten ein.

(2) Die Kommission holt alle von ihr als notwendig erachteten Informationen ein und bemüht sich, sofern sie dies nach Anhörung des Ausschusses für angebracht hält, diese bei den Einführern, Händlern, Vertretern, Erzeugern, wirtschaftlichen Organisationen und Berufsverbänden nachzuprüfen.

Die Kommission wird dabei von Vertretern des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Nachprüfungen vorgenommen werden, unterstützt, sofern der Mitgliedstaat dies wünscht.

(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission auf Antrag und nach den von ihr festgelegten Modalitäten die ihnen zur Verfügung stehenden Auskünfte über die Entwicklung der Marktlage der von der Untersuchung betroffenen Ware.

(4) Die Kommission kann die betroffenen Personen anhören. Diese müssen angehört werden, wenn sie dies innerhalb der durch die Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* festgesetzten Frist schriftlich beantragt und nachgewiesen haben, daß sie vom Ergebnis der Untersuchung tatsächlich betroffen sein können und daß besondere Gründe für ihre mündliche Anhörung vorliegen.

(5) Werden die von der Kommission verlangten Auskünfte nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums erteilt oder wird die Untersuchung erheblich behindert, so können die Schlußfolgerungen anhand der verfügbaren Angaben erstellt werden.

Artikel 7

(1) Nach Abschluß der Untersuchung unterbreitet die Kommission dem Ausschuß einen Bericht über deren Ergebnisse.

(2) Ist die Kommission der Auffassung, daß keine gemeinschaftlichen Überwachungs- oder Schutzmaßnahmen erforderlich sind, so veröffentlicht sie nach Anhörung des Ausschusses im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* eine Mitteilung über den Abschluß der Untersuchung, in der sie ihre wesentlichen Schlußfolgerungen darlegt.

(3) Ist die Kommission der Auffassung, daß eine gemeinschaftliche Überwachungs- und Schutzmaßnahme erforderlich ist, so faßt sie gemäß den Titeln IV und V die hierfür notwendigen Beschlüsse.

(4) Dieser Titel steht Überwachungsmaßnahmen nach den Artikeln 10 bis 14 oder, bei Dringlichkeit, Schutzmaßnahmen nach den Artikeln 15 bis 17 nicht entgegen.

In letzterem Fall nimmt die Kommission umgehend die Untersuchungen vor, die sie noch für erforderlich

hält. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden zur Überprüfung der getroffenen Maßnahmen benutzt.

Artikel 8

(1) Die in Anwendung dieser Verordnung erhaltenen Informationen dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie eingeholt wurden.

(2) a) Der Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten sowie ihre Vertreter geben die vertraulichen Informationen, die sie in Anwendung dieser Verordnung erhielten oder die ihnen vertraulich mitgeteilt wurden, nicht bekannt, es sei denn, daß derjenige, der sie geliefert hat, ausdrücklich die Erlaubnis hierzu erteilt.

b) Jeder Antrag auf vertrauliche Behandlung ist zu begründen.

Erweist sich indessen, daß ein Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht gerechtfertigt ist, und will derjenige, der die Informationen geliefert hat, sie weder veröffentlichen noch ihre Bekanntgabe in allgemeiner oder zusammengefaßter Form erlauben, so ist es möglich, die betreffenden Informationen nicht zu berücksichtigen.

(3) Informationen werden auf jeden Fall als vertraulich betrachtet, wenn ihre Bekanntgabe nennenswerte Nachteile für den Auskunftgeber oder die Informationsquelle haben könnte.

(4) Die vorstehenden Absätze stehen allgemeinen Auskünften und insbesondere einer Bekanntgabe der Gründe für die gemäß dieser Verordnung getroffenen Entscheidungen von seiten der Gemeinschaftsbehörden nicht entgegen. Die Gemeinschaftsbehörden müssen jedoch dem berechtigten Interesse der Betroffenen an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse Rechnung tragen.

Artikel 9

(1) Die Prüfung der Entwicklung der Einfuhren, der Bedingungen, unter denen sie erfolgen, sowie des durch sie verursachten ernsthaften oder drohenden ernsthaften Schadens für die Gemeinschaftserzeuger erstreckt sich insbesondere auf folgende Kriterien:

a) Umfang der Einfuhren, insbesondere bei Vorliegen eines erheblichen Anstiegs in absoluten Zahlen oder im Verhältnis zu Erzeugung oder Verbrauch in der Gemeinschaft;

b) Preise der Einfuhren, insbesondere zur Ermittlung einer etwaigen bedeutsamen Unterbietung des Preises einer gleichartigen Ware in der Gemeinschaft;

c) Auswirkungen auf die Gemeinschaftserzeuger gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren, wie sie in der Entwicklung wirtschaftlicher Indikatoren erkennbar werden; solche Indikatoren sind unter anderem:

— Produktion,

— Kapazitätsauslastung,

— Lagerhaltung,

— Absatz,

— Marktanteil,

— Preise, d. h. Preisrückgang oder Verhinderung eines Preisanstiegs, der normalerweise eingetreten wäre,

— Gewinne,

— Kapitalrendite,

— Cash flow,

— Beschäftigung.

(2) Wird die Gefahr eines ernsthaften Schadens geltend gemacht, so prüft die Kommission auch, ob klar vorherzusehen ist, daß eine bestimmte Lage zu einer tatsächlichen Schädigung führen kann. Hierbei können z. B. auch folgende Faktoren berücksichtigt werden:

a) Steigerungsrate der Ausfuhren nach der Gemeinschaft;

b) im Ursprungs- oder Ausfuhrland bereits bestehende oder in vorhersehbarer Zukunft entstehende Ausfuhrkapazität und die Wahrscheinlichkeit, daß die hierdurch ermöglichten Ausfuhren für die Gemeinschaft bestimmt sein werden.

TITEL IV

Überwachungsmaßnahmen

Artikel 10

(1) Droht die Marktentwicklung bei einer Ware mit Ursprung in einem der in dieser Verordnung bezeichneten Drittländer die Gemeinschaftserzeuger gleichartiger oder konkurrierender Waren zu schädigen, so kann die Einfuhr dieser Ware, wenn die Interessen der Gemeinschaft dies erfordern, je nach Lage des Falles wie folgt überwacht werden:

a) durch eine nachträgliche gemeinschaftliche Überwachung, deren Einzelheiten in dem in Absatz 2 genannten Beschluß festgelegt werden,

oder

b) durch eine vorherige gemeinschaftliche Überwachung, die nach den in Artikel 11 festgelegten Einzelheiten durchgeführt wird.

In diesen Fällen wird die Ware in Anhang II mit der Kennzeichnung „EUR" angeführt.

(2) Wird die Überwachung gleichzeitig mit der Liberalisierung der Einfuhr der betreffenden Ware beschlossen, so wird dieser Beschluß vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission gefaßt. In den übrigen Fällen wird dieser Beschluß von der Kommission gefaßt; Artikel 15 Absatz 5 findet Anwendung.

(3) Die Geltungsdauer der Überwachungsmaßnahmen ist begrenzt. Soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, endet ihre Gültigkeit am Ende des zweiten Halbjahres, das auf dasjenige folgt, in dem diese Maßnahmen eingeführt worden sind.

Artikel 11

(1) Voraussetzung für die Abfertigung zum freien Verkehr ist bei Waren, die einer vorherigen gemeinschaftlichen Überwachung unterliegen, die Vorlage eines Einfuhrdokuments. Dieses Dokument wird von den Mitgliedstaaten kostenlos für alle beantragten Mengen innerhalb von höchstens fünf Arbeitstagen nach der gemäß den geltenden einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorzunehmenden Vorlage einer Erklärung oder eines einfachen Antrags jedes Einführers der Gemeinschaft unabhängig vom Ort seiner Niederlassung in der Gemeinschaft ausgestellt oder mit einem Sichtvermerk versehen, und zwar unbeschadet der sonstigen Bedingungen, die nach der geltenden Regelung zu erfüllen sind.

(2) Vorbehaltlich abweichender Bestimmungen, die zur selben Zeit und nach demselben Verfahren wie die Überwachung festgelegt werden, enthält die Erklärung bzw. der Antrag des Einführers folgende Angaben:

a) Name und Anschrift des Einführers,

b) Bezeichnung der Ware mit folgenden Angaben:

— handelsübliche Bezeichnung,

— Zolltarifnummer oder Referenznummer in der Warennomenklatur der einzelstaatlichen Außenhandelsstatistik,

— Ursprungsland,

— Herkunftsland,

c) cif-Preis frei Grenze sowie Menge der Ware in handelsüblichen Einheiten,

d) voraussichtlicher Zeitpunkt (voraussichtliche Zeitpunkte) und Ort (Orte) der Einfuhr.

Die Mitgliedstaaten können zusätzliche Angaben verlangen.

(3) Absatz 2 steht der Abfertigung zum freien Verkehr nicht entgegen, wenn der Preis je Einheit, zu dem das Geschäft getätigt wird, den im Einfuhrdokument angegebenen Preis überschreitet oder wenn der Gesamtwert oder die Einfuhrmenge um weniger als 5 v. H. den Wert oder die Menge übersteigt, die in dem Einfuhrdokument angegeben worden ist. Die Kommission kann nach Kenntnisnahme der im Ausschuß abgegebenen Stellungnahmen unter Berücksichtigung der Beschaffenheit der Waren und der sonstigen besonderen Merkmale der Geschäfte einen anderen Prozentsatz festlegen, der jedoch in der Regel 10 v. H. nicht übersteigen darf.

(4) Das Einfuhrdokument kann nur verwendet werden, solange für die betreffenden Geschäfte die Einfuhrliberalisierung in Kraft bleibt, längstens jedoch während eines Zeitraums, der zum selben Zeitpunkt und nach demselben Verfahren wie die Überwachung festgelegt wird, wobei die Beschaffenheit der Waren und die sonstigen besonderen Merkmale dieser Geschäfte berücksichtigt werden.

(5) Der Ursprung der gemeinschaftlich überwachten Waren muß durch ein Ursprungszeugnis nachgewiesen werden, sofern der aufgrund von Artikel 10 gefaßte Beschluß dies verlangt. Weitere Bestimmungen über die Vorlage eines solchen Zeugnisses werden durch diesen Absatz nicht präjudiziert.

(6) Ist die einer vorherigen gemeinschaftlichen Überwachung unterliegende Ware in einem Mitgliedstaat nicht liberalisiert, so kann die durch diesen Mitgliedstaat ausgestellte Einfuhrgenehmigung das oben genannte Einfuhrdokument ersetzen.

Artikel 12

(1) Ist die Einfuhr einer Ware innerhalb von acht Arbeitstagen nach Abschluß der Konsultation keiner vorherigen gemeinschaftlichen Überwachung unterstellt worden, so kann der Mitgliedstaat, der die Kommission nach Artikel 3 unterrichtet hat, diese Einfuhr einzelstaatlich überwachen.

(2) In äußerst dringenden Fällen kann der Mitgliedstaat eine einzelstaatliche Überwachung vornehmen, nachdem er die Kommission gemäß Artikel 3 unterrichtet hat. Diese benachrichtigt die anderen Mitgliedstaaten.

(3) Die Kommission wird bei Inkrafttreten der Überwachung über deren Anwendungsmodalitäten unterrichtet; sie berichtigt Anhang II durch Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, indem sie bei der betreffenden Ware den überwachenden Mitgliedstaat angibt.

Artikel 13

Voraussetzung für die Abfertigung einzelstaatlich überwachter Waren zum freien Verkehr ist die Vorlage eines Einfuhrdokuments. Dieses Dokument wird von dem Mitgliedstaat kostenlos für alle beantragten Mengen innerhalb von höchstens fünf Werktagen nach Vorlage einer Erklärung oder eines einfachen Antrags jedes Einführers der Gemeinschaft unabhängig vom Ort seiner Niederlassung in der Gemeinschaft ausgestellt oder mit einem Sichtvermerk versehen, und zwar unbeschadet der sonstigen Bedingungen, die nach den geltenden Rechtsvorschriften zu erfüllen sind. Das Dokument kann nur so lange verwendet werden, wie für die betreffenden Geschäfte die Einfuhrliberalisierung in Kraft bleibt.

Artikel 14

(1) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission in den ersten zehn Tagen eines jeden Monats im Falle gemeinschaftlicher Überwachung und in den ersten zwanzig Tagen eines jeden Quartals im Falle einzelstaatlicher Überwachung folgendes mit:

a) im Falle der vorherigen Überwachung die Mengen und die anhand des cif-Preises berechneten Beträge, für welche im vorhergehenden Zeitraum Einfuhrdokumente erteilt oder mit einem Sichtvermerk versehen worden sind;

b) in jedem Fall die Einfuhren, die während des Zeitraums durchgeführt wurden, der dem unter Buchstabe a) genannten Zeitraum vorausgeht.

Die Mitteilungen der Mitgliedstaaten sind nach Waren und Ländern aufgeteilt.

Abweichende Bestimmungen können zur selben Zeit und nach demselben Verfahren wie die Überwachung festgelegt werden.

(2) Die Kommission kann auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von sich aus abweichende Zeitfolgen für die Mitteilungen festlegen, sofern die Beschaffenheit der Waren oder besondere Umstände dies erfordern.

(3) Die Kommission unterrichtet die Mitgliedstaaten.

TITEL V

Schutzmaßnahmen

Artikel 15

(1) Wird eine Ware in derart erhöhten Mengen und/oder unter derartigen Bedingungen in die Gemeinschaft eingeführt, daß dadurch den Gemeinschaftserzeugern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren ernsthafter Schaden entsteht oder zu entstehen droht, und erfordert eine Krisenlage, in der jede Verzögerung einen schwer zu behebenden Schaden verursachen würde, ein unverzügliches Eingreifen zum Schutz der Interessen der Gemeinschaft, so kann die Kommission auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von sich aus

a) die Frist verkürzen, innerhalb der die Einfuhrdokumente im Sinne von Artikel 11 verwendet werden dürfen, die nach Inkrafttreten der Maßnahmen erteilt oder mit einem Sichtvermerk versehen werden;

b) die Einfuhrregelung für diese Ware dahingehend ändern, daß sie nur gegen Vorlage einer Einfuhrgenehmigung zum freien Verkehr abgefertigt werden darf; diese Genehmigung wird nach Modalitäten und innerhalb der Grenzen erteilt, die die Kommission — gegebenenfalls bis zu einem Beschluß des Rates nach Artikel 16 — festlegt.

Die Maßnahmen nach den Buchstaben a) und b) sind sofort anwendbar.

(2) Stellt die Festsetzung eines Kontingents die Rücknahme einer Liberalisierungsmaßnahme dar, so werden insbesondere berücksichtigt:

— die Zweckmäßigkeit, die traditionellen Handelsströme weitestmöglich aufrechtzuerhalten;

— der Umfang der zu normalen Bedingungen vor Inkrafttreten einer Schutzmaßnahme im Sinne dieses Titels geschlossenen Verträge, wenn sie der Kommission von dem betreffenden Mitgliedstaat mitgeteilt worden sind;

— der Umstand, daß die Verwirklichung des mit der Einführung des Kontingents angestrebten Zieles nicht in Frage gestellt werden darf.

(3) a) Die Maßnahmen nach diesem Artikel sind auf alle Waren anzuwenden, die nach Inkrafttreten dieser Maßnahmen zum freien Verkehr abgefertigt werden. Sie können auf die Einfuhren beschränkt werden, die für gewisse Regionen der Gemeinschaft bestimmt sind.

b) Diese Maßnahmen beeinträchtigen jedoch nicht die Abfertigung von bereits auf dem Weg nach der Gemeinschaft befindlichen Waren zum freien Verkehr, wenn ihre Bestimmung nicht geändert werden kann und wenn die Waren, die nach den Artikeln 10 und 11 nur gegen Vorlage eines Einfuhrdokuments zum freien Verkehr abgefertigt werden können, von einem solchen Dokument begleitet sind.

(4) Ist das Eingreifen der Kommission von einem Mitgliedstaat beantragt worden, so faßt sie innerhalb

von höchstens fünf Arbeitstagen nach Eingang des Antrags einen Beschluß.

(5) Die nach diesem Artikel gefaßten Beschlüsse der Kommission werden dem Rat und den Mitgliedstaaten mitgeteilt. Jeder Mitgliedstaat kann den Rat innerhalb eines Monats nach dem Tag der Mitteilung damit befassen.

(6) Hat ein Mitgliedstaat den Rat mit dem Beschluß der Kommission befaßt, so beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit, den Beschluß der Kommission zu bestätigen, zu ändern oder aufzuheben.

Hat der Rat innerhalb von drei Monaten, nachdem er befaßt worden ist, keinen Beschluß gefaßt, so gilt die Maßnahme der Kommission als aufgehoben.

Artikel 16

(1) Erfordern es die Interessen der Gemeinschaft, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission geeignete Maßnahmen treffen,

a) um zu verhindern, daß eine Ware in derart erhöhten Mengen und/oder unter derartigen Bedingungen in die Gemeinschaft eingeführt wird, daß dadurch den Gemeinschaftserzeugern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren ernsthafter Schaden entsteht oder zu entstehen droht;

b) um die internationalen Rechte der Gemeinschaft oder aller Mitgliedstaaten wahrnehmen oder den internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft oder aller Mitgliedstaaten nachkommen zu können, und zwar insbesondere in bezug auf den Handel mit Grundstoffen.

(2) Artikel 15 Absätze 2 und 3 findet Anwendung.

Artikel 17

(1) Ein Mitgliedstaat kann vorsorglich die Einfuhrregelung für eine bestimmte Ware dahingehend ändern, daß für die Abfertigung dieser Ware zum freien Verkehr eine Einfuhrgenehmigung vorgelegt werden muß, die nach den von ihm bestimmten Modalitäten und innerhalb der von ihm festgelegten Grenzen erteilt wird, und zwar,

a) wenn in dem Mitgliedstaat eine Situation eintritt, wie sie in Artikel 15 Absatz 1 für die Gemeinschaft beschrieben ist;

b) wenn eine Schutzklausel, die in einem bilateralen Abkommen zwischen diesem Mitgliedstaat und einem Drittland enthalten ist, diese Maßnahme rechtfertigt.

(2) a) Der Mitgliedstaat unterrichtet die Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten durch Fernschreiben über die Gründe und Modalitäten der in Aussicht genommenen Maßnahmen. Diese Informationen werden von der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten streng vertraulich behandelt. Die Kommission beruft unverzüglich den Ausschuß ein. Der Mitgliedstaat kann die Maßnahmen nach Anhörung der im Ausschuß abgegebenen Stellungnahmen treffen.

b) Macht ein Mitgliedstaat geltend, die Angelegenheit sei äußerst dringlich, so haben die Konsultationen innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Unterrichtung der Kommission stattzufinden. Nach Ablauf dieser Frist kann der Mitgliedstaat die Maßnahmen ergreifen. Während dieser Frist kann der Mitgliedstaat die Einfuhr der betreffenden Ware von der Vorlage einer Einfuhrgenehmigung abhängig machen, die nach den Bedingungen und innerhalb der Grenzen zu gewähren ist, die nach Ablauf dieser Frist festgelegt werden.

(3) Die Maßnahmen werden der Kommission durch Fernschreiben mitgeteilt, sobald sie beschlossen worden sind.

(4) Die Mitteilung gilt als Antrag im Sinne von Artikel 15 Absatz 4. Die Maßnahmen sind nur bis zur Anwendung des von der Kommission befaßten Beschlusses gültig. Beschließt die Kommission jedoch, keine Maßnahmen einzuführen, oder erläßt sie nach Artikel 15 eine andere Maßnahme als der Mitgliedstaat, so gilt ihr Beschluß erst vom sechsten Tag nach seinem Inkrafttreten an, es sei denn, daß der Mitgliedstaat, der die Maßnahmen getroffen hat, den Rat damit befaßt: In diesem Fall sind die einzelstaatlichen Maßnahmen bis zum Inkrafttreten des Ratsbeschlusses anwendbar, jedoch längstens für die Dauer eines Monats nach der Befassung des Rates. Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit vor Ablauf dieser Frist. Der Rat kann unter denselben Bedingungen diese Frist in bestimmten Fällen verlängern; sie darf jedoch in keinem Fall über insgesamt drei Monate hinausgehen.

Unterabsatz 1 berührt nicht das Einspruchsrecht der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 15 Absätze 5 und 6.

(5) Dieser Artikel gilt bis zum 31. Dezember 1984. Die Kommission schlägt dem Rat vor dem 31. Dezember 1983 die daran vorzunehmenden Anpassungen vor. Der Rat beschließt vor dem 31. Dezember 1984 mit qualifizierter Mehrheit über diesen Vorschlag. Jedoch sind die Bestimmungen über die Schutzmaßnahmen,

— die durch eine in einem bilateralen Abkommen enthaltene Schutzklausel gerechtfertigt sind, von diesem Termin nicht betroffen;

— die die Einfuhren von Waren betreffen, welche in einigen Mitgliedstaaten liberalisiert, in anderen aber kontingentiert sind, bis zum 31. Dezember 1987 anwendbar.

Artikel 18

(1) Während des Anwendungszeitraums jedweder Überwachungs- oder Schutzmaßnahme, die gemäß den Titeln IV und V eingeführt wurde, finden im Ausschuß auf Antrag eines Mitgliedstaats oder auf Veranlassung der Kommission Konsultationen statt, um

a) die Auswirkungen der betreffenden Maßnahme zu untersuchen,

b) zu prüfen, ob ihre Anwendung weiterhin erforderlich ist.

(2) Ist die Kommission im Anschluß an die Konsultationen nach Absatz 1 der Ansicht, daß die in den Artikeln 10, 12, 15 und 16 genannten Maßnahmen aufzuheben oder zu ändern sind, so verfährt sie wie folgt:

a) Sofern der Rat über die Maßnahmen beschlossen hat, schlägt die Kommission dem Rat die Aufhebung oder die Änderung der Maßnahmen vor; der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit;

b) In den übrigen Fällen ändert sie die gemeinschaftlichen Schutzmaßnahmen und die Überwachungsmaßnahmen oder hebt sie auf. Betrifft dieser Beschluß einzelstaatliche Überwachungsmaßnahmen, so findet er ab dem sechsten Tag nach dem Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Anwendung, es sei denn, daß der Mitgliedstaat, der diese Maßnahmen anwendet, den Rat mit letzteren befaßt; in diesem Fall gelten die einzelstaatlichen Maßnahmen bis zum Inkrafttreten des Ratsbeschlusses, längstens aber während dreier Monate nach Befassung des Rates. Der Rat beschließt vor Ablauf dieser Frist.

TITEL VI

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 19

(1) Spätestens am 31. Dezember 1984 beschließt der Rat die im Hinblick auf die weitere Vereinheitlichung der Einfuhrregelung erforderlichen Anpassungen dieser Verordnung. Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und unter Berücksichtigung der Fortschritte, die auf dem Gebiet der gemeinsamen Handelspolitik erzielt worden sind.

(2) Bis zu diesen Anpassungen

a) können die Mitgliedstaaten — solange die Vereinheitlichung zwischen den Liberalisierungsgebieten nicht vollständig durchgeführt ist — die Einfuhren der im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 925/79 nicht aufgeführten Waren von der Voraussetzung abhängig machen, daß nicht nur ihr Ursprungsland, sondern auch ihr Einkaufsland oder Herkunftsland in dieser Verordnung genannt ist; für die Bundesrepublik Deutschland gilt dies auch hinsichtlich derjenigen im Anhang zu der vorgenannten Verordnung aufgeführten Waren, deren Einfuhr nach den deutschen Einfuhrbestimmungen noch nicht gegenüber allen Drittländern vom Erfordernis einer Einfuhrgenehmigung freigestellt ist;

b) kann die Italienische Republik die Einfuhr von Waren mit Ursprung in Ägypten, in Jugoslawien oder in Japan von der Voraussetzung abhängig machen, daß ihr Ursprungsland auch ihr Herkunftsland ist;

c) sind die gemäß Artikel 11 für die gemeinschaftliche Überwachung geforderten Einfuhrdokumente nur in dem Mitgliedstaat gültig, der sie ausgestellt oder mit einem Sichtvermerk versehen hat;

d) können die Benelux-Länder und die Italienische Republik die Formalitäten der automatischen Lizenz oder der Einfuhrerklärung beibehalten, die sie zur Zeit bei den Einfuhren aus Japan und aus Hongkong anwenden;

e) können die Mitgliedstaaten, die in Anhang II bei den mit einem Sternchen gekennzeichneten Waren angegeben werden, die Einfuhr dieser Waren weiter einzelstaatlich überwachen, und zwar auch mittels automatischer Lizenzen. Artikel 12, Artikel 13 letzter Satz und die Artikel 14 und 18 finden keine Anwendung;

f) steht diese Verordnung der Beibehaltung der Maßnahmen nicht entgegen, die die Italienische Republik getroffen hat, um die Einfuhr von Gegenständen, Maschinen, Apparaten und Geräten, gebraucht oder neu, jedoch schlecht unterhalten, der Tarifnummer 73.24, der Kapitel 84 bis 87, des Kapitels 93 sowie der Tarifstelle 97.04 B des Gemeinsamen Zolltarifs von einer Sondergenehmigung — gemäß dem Ministerialerlaß vom 6. Mai 1976 einschließlich der im Anhang dazu befindlichen Liste sowie den später daran vorgenommenen Änderungen — abhängig zu machen.

(3) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über die Maßnahmen, die sie zur Durchführung des Übereinkommens über Einfuhrlizenzverfahren, das die Gemeinschaft durch Beschluß 80/271/EWG (1) genehmigt hat, treffen. Sie teilen ihr insbe-

(1) ABl. Nr. L 71 vom 17. 3. 1980, S. 1.

sondere die Regeln sowie alle sonstigen Einzelheiten, welche das bei der Antragstellung für Einfuhrlizenzen zu beachtende Verfahren betreffen, einschließlich der Voraussetzungen, unter denen Personen, Unternehmen oder Einrichtungen solche Anträge zu stellen befugt sind, mit. Jede Änderung dieser Regeln wird ebenfalls mitgeteilt.

Artikel 20

(1) Beabsichtigt ein Mitgliedstaat, der eine Einfuhrbeschränkung nach Artikel 1 Absatz 2 letzter Gedankenstrich aufrechterhält, diese zu ändern, so unterrichtet er davon die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten.

(2) a) Auf Antrag der Kommission oder eines Mitgliedstaats findet in dem Ausschuß vorher eine Konsultation über die in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen statt.

b) Hat die Kommission innerhalb von fünf Arbeitstagen nach der in Absatz 1 vorgesehenen Unterrichtung weder von sich aus noch auf ein rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist bei ihr eingegangenes Ersuchen eines Mitgliedstaats hin eine Konsultation beantragt, so kann der betreffende Mitgliedstaat die geplante Maßnahme dann in Kraft setzen.

c) In den anderen Fällen wird die Konsultation innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Ablauf der unter Buchstabe b) genannten Frist eröffnet.

(3) a) Haben die anderen Mitgliedstaaten oder die Kommission bei der Konsultation keine Einwände erhoben, so teilt die Kommission dies dem betreffenden Mitgliedstaat unverzüglich mit; dieser kann die Maßnahme dann sofort in Kraft setzen.

b) In den anderen Fällen darf der betreffende Mitgliedstaat die geplante Maßnahme erst nach Ablauf einer Frist von drei Wochen nach Eröffnung der Konsultation in Kraft setzen.

c) Befaßt die Kommission innerhalb dieser Frist den Rat gemäß Artikel 113 des Vertrages mit einem Vorschlag, der den vorgebrachten Einwänden Rechnung trägt, so kann die geplante Maßnahme erst nach einem Beschluß des Rates in Kraft gesetzt werden.

(4) In äußerst dringenden Fällen gilt folgendes:

a) Eine Verringerung eines Kontingents oder die Beseitigung jeder Einfuhrmöglichkeit kann ohne vorherige Konsultation in Kraft gesetzt werden, sofern die in Absatz 1 vorgesehene Unterrichtung erfolgt ist.

b) Macht nach Ausschöpfung eines Kontingents der wirtschaftliche Bedarf eines Mitgliedstaats zusätzliche Einfuhren aus dem oder den Drittländern, für die das Kontingent eröffnet worden ist, erforderlich, so kann der betreffende Mitgliedstaat ohne vorherige Unterrichtung die Möglichkeit für zusätzliche Einfuhren schaffen, wobei diese 20 v. H. des Volumens oder Betrages des ausgeschöpften Kontingents nicht überschreiten dürfen; er unterrichtet die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten unverzüglich davon. Das durch diesen Absatz eingeführte Dringlichkeitsverfahren gilt nicht mehr von dem Zeitpunkt an, zu dem die Aufnahme von Verhandlungen mit dem betreffenden Drittland genehmigt worden ist.

c) Auf Antrag eines Mitgliedstaats oder der Kommission findet über die von einem Mitgliedstaat aufgrund dieses Absatzes getroffenen Maßnahmen nachträglich eine Konsultation gemäß Absatz 3 statt.

(5) Beabsichtigt ein Mitgliedstaat, seine Einfuhrregelung für ein in Anhang I aufgeführtes Mineralölerzeugnis, das in Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 802/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Begriffsbestimmung für den Warenursprung [1] genannt ist, autonom zu ändern, so unterrichtet er davon die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten. Das in den Absätzen 2, 3 und 4 vorgesehene Verfahren gelangt in diesem Fall zur Anwendung; die sonstigen Vorschriften dieser Verordnung sind nicht anwendbar.

(6) Die Benelux-Länder können, wenn sie in Anhang II bei einer Ware genannt sind, die in diesem Anhang erfaßt und mit einem Sternchen versehen ist, die Formalität der automatischen Lizenz in der von ihnen gegenwärtig angewendeten Weise beibehalten; die Lizenzen sind auf einfachen Antrag, den jeder Einführer der Gemeinschaft — unabhängig von dem Ort seiner Niederlassung in der Gemeinschaft — stellen kann, für jede beantragte Menge kostenlos zu erteilen; Artikel 13 gilt für diese Waren nicht.

Artikel 21

Unbeschadet anderslautender Gemeinschaftsvorschriften steht diese Verordnung dem Erlaß oder der Anwendung folgender einzelstaatlicher Maßnahmen nicht entgegen:

a) Verbote, mengenmäßige Beschränkungen oder Überwachungsmaßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ordnung zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen oder Tieren oder des Schutzes von Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstleri-

[1] ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 1.

schem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen oder kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind;

b) besondere devisenrechtliche Formalitäten;

c) Formalitäten, die aufgrund internationaler Übereinkünfte in Übereinstimmung mit dem Vertrag eingeführt wurden.

Artikel 22

(1) Diese Verordnung steht der Anwendung der Regelungen für die gemeinsamen Agrarmarktorganisationen und den daraus resultierenden gemeinschaftlichen oder einzelstaatlichen Verwaltungsvorschriften sowie den besonderen Regelungen nach Artikel 235 des Vertrages für landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse nicht entgegen; sie wird ergänzend angewandt.

(2) Die Artikel 10, 14 und 18 gelten jedoch nicht für die unter diese Regelung fallenden Waren, bei denen die Gemeinschaftsregelung für den Handel mit Drittländern die Vorlage einer Einfuhrgenehmigung oder eines anderen Einfuhrdokuments vorsieht.

Die Artikel 15, 17 und 18 gelten nicht für die obengenannten, diesen Regelungen unterliegenden Waren, bei denen die Gemeinschaftsregelung für den Handel mit Drittländern die Möglichkeit einer Anwendung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen vorsieht.

Artikel 23

Die Kommission veröffentlicht regelmäßig die neueste Fassung der Anhänge I und II, die den Rechtsakten Rechnung trägt, welche gemäß dieser Verordnung von der Gemeinschaft oder von den Mitgliedstaaten erlassen wurden. Die Kommission wird von der Einführung, Änderung oder Aufhebung der auf einzelstaatlicher Ebene getroffenen Maßnahmen unterrichtet.

Artikel 24

Die Verordnung (EWG) Nr. 926/79 wird aufgehoben.

Die Bezugnahmen auf die aufgehobene Verordnung sind als Bezugnahmen auf die vorliegende Verordnung zu verstehen.

Artikel 25

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 5. Februar 1982.

Im Namen des Rates

Der Präsident

L. TINDEMANS

ANHANG I

LISTE DER WAREN, DIE BEI DER ABFERTIGUNG ZUM FREIEN VERKEHR AUF EINZELSTAATLICHER EBENE EINER MENGENMÄSSIGEN BESCHRÄNKUNG UNTERLIEGEN

Bedeutung der Zeichen, Buchstaben und Zahlen

Materieller Anwendungsbereich der Beschränkung:

\+ = unterliegt in vollem Umfang einer Beschränkung;

— = unterliegt teilweise einer Beschränkung.

Geographischer Anwendungsbereich:

Ist nichts anderes vermerkt, so findet die Beschränkung auf sämtliche unter die Verordnung fallenden Länder Anwendung.

Wird die Beschränkung auf eine geographische Zone oder auf ein oder mehrere Länder angewandt, so werden in einer Randbemerkung die Länder bzw. Zonen angegeben, für die diese Beschränkung gilt. Diese geographischen Zonen sind am Ende des Anhangs aufgeführt; als Grundlage dienen die in den Mitgliedstaaten bestehenden Bestimmungen.

*

* *

Die Anwendung dieser Beschränkungen erfolgt auf jeden Fall vorbehaltlich

— der in den Abkommen zwischen der Gemeinschaft und bestimmten Drittländern vorgesehenen besonderen Regeln,

— der in Artikel 1 Absatz 1 erster Gedankenstrich dieser Verordnung genannten besonderen gemeinsamen Einfuhrregelungen.

In dieser Liste werden nur die auf der Ebene der Mitgliedstaaten angewandten Beschränkungen zusammengefaßt. Zur Zeit bestehen keine gemeinschaftlichen Beschränkungen, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen; sollten derartige Maßnahmen gemäß Titel V getroffen werden, so würden sie durch eine Ad-hoc-Veröffentlichung bekanntgemacht.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
04.04 E I b) 3, ex 4, ex 5	04.04-67, ex 68, 88, ex 92						— (5)			(1) Mengenmäßige Beschränkungen nur gegenüber der Zone II.
04.06	04.06-00				+ (1)					
07.01 A, D I, ex F II, L, M	07.01-11, 13—19, 31, 33, 36, 45, 47, 73—77	—		—	—		—		—	(2) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Zypern, Ägypten, Israel, Malta, Marokko, Spanien, Tunesien, der Türkei.
A II b)	15		—							
07.02 ex B	07.02-50				—					
07.04 ex B	07.04-50				—					(3) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber der Zone A 3.
07.05 B ex I, II	07.05-61—70						— (5)			
08.01 B	08.01-31, 35				+	— (6)	+	— (2) (3) (4)		(4) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Japan.
C	50				+					
08.04 A I	08.04-11—23				—		+			(5) Artikel 115 der Beitrittsakte.
08.05 ex G	08.05-91, 93						— (5)			(6) Beschränkungen gegenüber den Ländern der Dollar-Zone, ausgenommen Liberia.
08.07 A	08.07-10				—		+			
08.09	08.09-11, 19				—		+			(7) Mengenmäßige Beschränkungen lediglich bei den Einfuhren mit Ursprung in den Ländern, die nicht dem Internationalen Kaffee-Übereinkommen angehören, soweit Kontingente Anwendung finden [Verordnung (EWG) Nr. 2436/79 — ABl. Nr. L 282 vom 12. 11. 1979, S. 1].
09.01 A I, II	09.01-11—17	— (7)	— (7)	— (7)	— (7)	— (7)	— (7)	— (7)	— (7)	
12.01 ex B	12.01-31—46, 54, 64—68, ex 99						+			
12.08 A	12.08-01				+					
13.03 A VII	13.03-17				+ (1)					
ex 15.07	15.07-05—13, 61—79, ex 82, 85—94, ex 98						+			
15.10 D	15.10-70				+ (1)					
16.04 D, E	16.04-71, 75							+ (4)		
17.04 A	17.04-01				+					

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
20.07 ex A III	20.07-07, ex 8, ex 11, 16, ex 17							— (1) (2) (3)		(1) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Algerien, Zypern, Ägypten, Israel, Malta, Marokko, Spanien, Tunesien, der Türkei, der EFTA.
ex B II	44, 46, 50, 66, 67, 72, 76—83, 94—96							— (1) (2) (3)		
21.02 A	21.02-11—19	— (5)	— (5)	— (5)	— (5)	— (5)	— (5)	— (5)	— (5)	
21.02 C I	21.02-40				+ (4)					(2) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber der Zone A 3.
21.07 G I a) 1	21.07-27				+					(3) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Japan.
22.08	22.08-10, 30			—	+					
22.09 A	22.09-10			—	+					(4) Mengenmäßige Beschränkungen nur gegenüber der Zone II.
C ex I	52, 53				—					
C IV	71—79				+ (4)					(5) Mengenmäßige Beschränkungen lediglich gegenüber den Einfuhren mit Ursprung in denjenigen Ländern, die nicht dem Internationalen Kaffee-Übereinkommen angehören, soweit Kontingente Anwendung finden [Verordnung (EWG) 2436/79 — ABl. Nr. L 282 vom 12. 11. 1979, S. 1].
C ex V	81—79				— (4)					
22.10 B	22.10-51, 55				+					
27.07 B ex 1	27.07-25, 29				+					
27.09	27.09-00				+					
ex 27.10	27.10-11—79				—					
ex 27.11	27.11-03—99				—					
27.12 B	27.12-90				+					
27.13 B	27.13-81—90				+					
29.34 B	29.34-10							+ (2) (3)		

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
31.02 A, B	31.02-10—15						+ (6)			(1) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber der Zone A 3.
C	20—90	+ (7)					+ (6)			
31.03	31.03-15—30						+ (6)			(2) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Japan.
31.05 A I, II, IV	31.05-04—19, 41—48						+ (6)			
32.05	32.05-10—50				+ (3)					(3) Mengenmäßige Beschränkungen nur gegenüber der Zone II.
33.01 A I	33.01-12—19							+ (4)		(4) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber den Ländern Lateinamerikas, den USA, Kanada, Südkorea, Libanon, Liberia, den Philippinen, Syrien.
34.03 A	34.03-11—19				+					
37.02	37.02-01—99							+ (2)		
38.14 A	38.14-10							+ (1) (2)		(5) Liberalisiert gegenüber Algerien, den USA, Kanada, Zypern, Ägypten, Spanien, Israel, Libanon, Malta, Marokko, Tunesien, der Türkei, der EFTA.
B I A	31				+					
ex 40.10	40.10-ex 10, ex 90						—			
40.11 ex A	40.11-10						—			(6) Artikel 115 der Beitrittsakte.
B I	20							+ (2)		
B II	21—29							+ (2)	+ (5)	(7) Mengenmäßige Beschränkungen, ausgenommen die Türkei und Jugoslawien.
	40						—	+ (2)		
	45—53							+ (2)	+ (5)	
	55, 57						+	+ (2)		
	62, 80							+ (2)		
	ex 63						—			
40.12	40.12-10—80							+ (2)		

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
44.01	44.01-10—90						+			(1) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Japan.
45.02	45.02-00							+ (1) (2)		(2) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber der Zone A 3.
48.01 A	48.01-01				+					
ex C, ex F	67, 78, 80—90, ex 92, 94, 98, 99						—			* Frühere nationale Beschränkungen, an deren Stelle besondere gemeinsame Einfuhrregelungen treten.
49.02	49.02-00				+					
50.01	50.01-00							+ (1) (2)		
50.02	50.02-00							+ (1) (2)		
50.04	50.04-10, 90							+ (1) (2)		
50.05 A	50.05-10, 90, 99							+ (1) (2)		
50.07 A, B	50.07-10, 90							+ (1) (2)		
50.09 A	50.09-01—68						+	+ (1)		
51.04 A I, II	51.04-03, 05	*		*	+ *		+ *	*		
III a)	06	*	*		+ *		+ *	*		
III b), IV, B	08—98	*		*	+ *		+ *	*		
ex A, ex B	10, 11—48, 55—66, 74—98		*							
53.07	53.07-02—89		*		+ *			*		
53.10 ex	53.10-11, 15		*							
53.11	53.11-01—97		*	*	+ *		+ *	*		
55.07	55.07-10, 90						+ *			

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
55.08	55.08-10	*		*		+ *	+ *	*		(1) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Indien und Bangladesch.
	30—80	*		*		+ *	+ *	*		
55.09	55.09-03—99	*	*	*	+ *	+ *	+ *	*		* Frühere nationale Beschränkungen, an deren Stelle besondere gemeinsame Einfuhrregelungen treten.
56.05 ex A	56.05-11	*		*						
B	51—99	*		*						
56.07 A I, II	56.07-01—12	*	*	*	+ *	*	+ *	*		** Frühere nationale Beschränkungen, an deren Stelle die aus den Abkommen der Gemeinschaft über Juteerzeugnisse hervorgegangene Regelung tritt.
ex A II	15	*	*	*	+ *		+ *	*		
ex A II, B	19—87	*	*	*	+ *	*	+ *	*		
57.10 A	57.10-21—50				+	—				
ex A	21, 31		+ (1)							
B * *	62—70				+	+				
58.01	58.01-01—80						+ *			
58.02	58.02-02—88				+ *		+ *			
58.04	58.04-05—45					— *	+ *	*		
	61—69	*				+	+ *	*		
	71—80					+	+ *	*		
	63, 67		*							
58.05	58.05-01—90	*					+ *			
58.06	58.06-10, 90	*					+ *			
58.07	58.07-31—80	*								
58.09 B	58.09-21—99	*								
59.13	59.13-01—13	*		*						
	15, 35	*		*		+				
	19, 32, 34, 39	*		*						
60.01	60.01-01—98						+ *			

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
60.02 A, B I, II	60.02-40—60				+		+ *			* Frühere nationale Beschränkungen, an deren Stelle besondere gemeinsame Einfuhrregelungen treten.
B III	70	*					+ *			
B IV	80						+ *			
60.03	60.03-11—90			*			+ *			
60.04	60.04-02—90			*			+ *			
A I a), A II a)	02, 06				+ *	*				
A II b), c)	03, 04	*				*				
A II b), c), d)	07—09	*				*				
A III a), c), d), e)	10, 12, 14, 16							+		
A III b)	11				+ *			+		
B I a), b II a)	19, 23				+ *	*				
B I b), c), B II b), c), d)	20, 22, 24—29	*				*				
B III, IV a)	31—38							+		
B IV b) 1 aa)	41					*				
cc)	48							+		
dd), ee)	50, 58					*				
B IV b) 2 cc)	54, 90							+		
dd), B IV c)	56, 60							+		
B IV d) 1 aa), dd), 2 dd)	71, 79, 89				+ *	*				
d) 1 bb), cc) d) 2 aa), bb), cc)	73, 75, 81, 83, 85				+ *					
60.05	60.05-01—99			*	+ *		+ *			
A I, ex A II	01, 22, 61	*				*		*		
ex A II	04, 11, 13, 25					*		+ *		
ex A II	15, 33	*				*		+ *		
ex A II	06, 93	*						+ *		
ex A II, B	07, 08, 09							+ *		
	94—99									
	16, 17, 21, 26, 36, 38									

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
60.05 *(Fortsetzung)*	60.05-43, 46							+ *		(1) Außer Judokleidung.
ex A II	37, 44—49, 66, 72—75, 77—80, 83—87, 89, 92									* Frühere nationale Beschränkungen, an deren Stelle besondere gemeinsame Einfuhrregelungen treten.
ex A II	19, 45, 68, 71, 76, 81, 88	*						+ *		
ex A II	37, 44									
ex A II	23, 24, 64					*		*		
ex A II	31, 39, 51	*								
-	33—35, 40—42, 52, 58, 62									
	22, 23, 31—34, 39—41, 45, 46, 51, 52, 61, 62, 71, 72		*							
61.01	61.01-01—98			*			+ *			
	01, 31, 37, 46, 47, 57, 66, 76				+ *	+ *				
	09, 13, 17—23, 25, 96				+ *	+ *		+		
	15, 24, 26, 38, 48, 58, 68, 78—95, 98				+ *	— *		+		
	29, 32—36, 41—44, 51, 54, 62, 64, 72, 74				+ *	*				
	ex 92—ex 98				+ * (1)					
	13, 17, 23, 31, 37, 46, 47, 57, 66, 76, 81, 96		*							
61.02	61.02-01—94			*			+ *			
	01, 03, 12—18, 33, 39, 40, 44	*			+ *	+ *		+		
	05, 07, 23, 54, 92	*			+ *	+ *		+		
	22, 24, 52, 53, 85, 91	*			+ *	+ *		+		
	48, 90				+ *			+		
	25, 28	*			+ *	*		*		
	26	*			+ *	+		*		
	31, 35, 42, 47, 76	*			+ *			+		
	32, 34, 36, 37, 41, 43, 45, 55, 64, 74	*			+ *	*				

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
61.02 *(Fortsetzung)*	61.02-87, 94							+		(1) Außer kimonoartige Kleidung für Frauen.
	62, 72, 82, 84	*			+ *	— *				
	58, 68, 78	*			+ *	+ *				* Frühere nationale Beschränkungen, an deren Stelle besondere gemeinsame Einfuhrregelungen treten.
	57, 66				+ *	*				
	ex 90, ex 91, ex 92, ex 94				+ * (1)					
	12—18, 25—33, 35—40, 42—44, 48—54, 57—62, 66—72, 78, 82, 85, 90—92		*							
61.03 A I, A III	61.03-11, 19	*		*	+ *		+ *			
A II	15	*	*	*	+ *	+ *	+ *			
B I, B III	51, 59	*		*	+ *		+ *	+		
B II	55	*	*	*	+ *	+ *	+ *	+		
C I, C III	81, 89			*	+ *		+ *	+		
C II	85		*	*	+ *	+ *	+ *	+		
61.04 A I, II, B II	61.04-01, 09, 91—98			*		— *	+ *	+		
B I b)	13		*	*		— *	+ *			
B I a), c)	11, 18			*			+ *			
B II b)	93		*	*						
61.05 A	61.05-20	*	*		+ *	+ *	+ *	*		
B I	30	*	*		+ *	+ *	+ *	*		
B II	91						+ *	+		
B III	99	*				*	+ *	*		
61.06	61.06-10—90						+ *			
B	30	*				+				
C	40	*								
E	60					+				

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
61.07	61.07-10—90						+ *			(1) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Hongkong, Japan, Macao, Malaysia, Pakistan, Taiwan und Jugoslawien (lediglich Jute-, Flachs- oder Sisalerzeugnisse).
61.09	61.09-20—80						+ *			
61.10	61.10-00						+ *			
61.11	61.11-00						+ *			* Frühere nationale Beschränkungen, an deren Stelle besondere gemeinsame Einfuhrregelungen treten.
62.01	62.01-10—99						+ *			
62.02	62.02-01—89			*			+ *			
A, B I b), B II b)	01, 09, 15					— *				
	61					— *		+		** Frühere nationale Beschränkungen, an deren Stelle die aus den Abkommen der Gemeinschaft über Juteerzeugnisse hervorgegangene Regelung tritt.
A II	09				+ *					
B II c), B III b), c), B IV b)	65, 75, 77, 87					— *				
B I a)	12, 13	*	*		+ *	+ *		+		
B III a) 1	40—59, 71		*		+ *	+ *		+		
B III a) 2	72, 74	*	*		+ *	+ *				
B IV a)	83, 85				+ *	+		+		
B I c)	19					+ *		+		
B IV c)	89					+		+		
62.03 A, B **	62.03-11—91									
A II	13—17				+	—		+	+ (1)	
A I, B I a)	11, 91				+			+	+ (1)	
B I b), B II a), b) 2, c)	93, 95, 97, 98				+ *					
B II b) 1	96				+	*				
62.05 A, E	62.05-01, 93, 95, 99	*				— *		+		
B	10					*				
C	20	*		*		+		+		
D	30					*				

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
64.01	64.01-11—39	— (1)			+ (2)				+ (2)	(1) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Japan.
	41—99				+ (2)				+ (2)	
64.02 B	64.02-60—69			+ (2)	+ (2)			+ (1)	+ (2)	(2) Mengenmäßige Beschränkungen nur gegenüber Taiwan.
	61, 69	— (1)								
	99				+ (2)				+ (2)	(3) Mengenmäßige Beschränkungen nur gegenüber der Zone II.
66.01	66.01-10, 20, 50, 80				+ (3) (4)			+ (1)		
66.03 A, B, C	66.03-10—90							+ (1)		(4) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Hongkong.
69.04	69.04-11—90						+			
69.05	69.05-10, 90						+			(5) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber den Ländern Asiens.
69.07 A	69.07-20	— (1)		+ (2)	— (3)			+ (1)		
B I	30, 40			+ (2)				+ (1)		
B II	50, 80	+ (1)		+ (2)	— (3)			+ (1)		
69.08 A	69.08-20	— (1)			— (3)			+ (1)		
B I	30, 40							+ (1)		
B II	50—99	+ (1)			+ (3)			+ (1)		
69.11	69.11-10, 90	+ (1)	— (1)		+ (3)		+ (5)	+ (1)		
69.12 A, B	69.12-10, 20							+ (1)		
C I, C II	31, 39	+ (1)	— (1)		+ (3)			+ (1)		
D	90		+ (1)		+ (3)			+ (1)		
73.02 A II, C, D, E	73.02-19, 30—55				+ (3)					
ex G	83				+ (3)					

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
73.15 A I a), II	73.61-10, 90							+ (2)		(1) Mengenmäßige Beschränkungen nur gegenüber der Zone II.
A V a), c), d) 1 bb), d) 2	73.63-10, 50, 74, 79							+ (2)		
A VI b), c) 1 bb), c) 2, d)	73.64-50, 75, 79, 90							+ (2)		(2) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Japan.
A VII b) 1, d) 2	73.65-53, 83							+ (2)		
A VIII	73.66-40—89							+ (2)		
B I a), B II	73.71-13—19, 93—99							+ (2)		(3) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Taiwan, Südkorea.
B V a), c)	73.73-13—19, 43—59							+ (2)		
B V d) 1 bb), d) 2	74—89							+ (2)		
B VI d), c) 1 bb), c) 2, d)	73.74-51—59, 74—90							+ (2)		(4) Artikel 115 der Beitrittsakte.
B VII b) 2 aa), b) 4 bb)	73.75-53—59, 93, 99							+ (2)		
B VIII	73.76-13—19							+ (2)		
73.18 ex C	73.18-ex 41, ex 82, ex 99						— (4)			
73.32 B ex II	73.32-61—99	— (2)								
ex 73.37	73.37-ex 11—ex 90						— (4)			
82.09 ex A	82.09-11, 19	— (2)		+ (2) (3)	+ (1)			+ (2)		
	50				+					
82.14 A	82.14-10	— (2)		+ (2) (3)				+ (2)		
B	91			+ (2) (3)				+ (2)		
	99			+ (2) (3)				+ (2)		
ex 84.01	84.01-ex 11, ex 80						— (4)			
84.06 A, B, C, D	84.06-03—99							+ (2)		
C ex I, ex II	ex 20—ex 24						— (4)			
D ex II	ex 27, 39, ex 42, ex 46, ex 48, ex 52, 53, ex 54, ex 63, 64, ex 66, ex 78, ex 83, ex 98									
84.10 ex A, ex B, C	84.10-ex 13, ex 16, 32—98						+ (4)			

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
84.14 ex B	84.14-ex 99						— (2)			(1) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Japan.
84.15 C ex I, ex II	84.15-ex 06—ex 59, ex 92, ex 98						— (2)			(2) Artikel 115 der Beitrittsakte.
ex 84.20	84.20-09, 40, ex 71, 73—81, ex 83, 85, 89, ex 90						+ (2)			(3) Mengenmäßige Beschränkungen nur gegenüber der Zone II.
84.41 A I, II, ex III, B	84.41-12—15, 30							+ (1)		(4) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Hongkong.
ex 84.46	84.46-ex 99						— (2)			(5) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber den Ländern Asiens.
ex 84.47	84.47-ex 10						— (2)			
84.62	84.62-11—53							+ (1)		
85.01	85.01-01—95							+ (1)		
B ex I	ex 31, 33—36, ex 38, ex 89, ex 90						—			
B ex II, ex C	59—63, 65, 66, 93, 95						—			
85.03	85.03-11—90						+ (5)	+ (1)		
85.15 ex A	85.15-04, 09, 11, 16, 19							— (1)		
A ex III	11, 12, 16—27				— (3) (4)					
	20—27						+			
ex C	ex 50, ex 82, 84, 86, ex 88, 91, ex 99							— (1)		
C ex II	41—50				+ (3)					
	99				—					
	ex 91, ex 49, ex 50, ex 99						—			
85.21 A, D, E	85.21-01—28, 47—99							+ (1)		
C	45				—			+ (1)		

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
85.23	85.23-01—99			+ (3)				+ (1)		(1) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Japan.
ex B	ex 12						— (4)			
85.24 ex C	85.24-93, 95							— (1)		(2) Mengenmäßige Beschränkungen nur gegenüber der Zone II.
85.25 ex A	85.25-21, 25		+ (1)		+ (2)					
ex A, B	27, 35				+ (2)					(3) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Taiwan, Südkorea.
C	50, 90				— (2)					
87.01	87.01-12—97								+ (5)	
87.02	87.02-ex 12, ex 14, ex 21, ex 23, ex 25, ex 27						— (4)			(4) Artikel 115 der Beitrittsakte.
	03—91							+ (1)	+ (5)	
87.03	87.03-10—80								+ (5)	(5) Protokoll Nr. 7 der Beitrittsakte.
87.04	87.04-01—99							+ (1)	+ (5)	(6) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Hongkong.
87.05	87.05-11—99							+ (1)	+ (5)	
ex A, ex B	ex 11, 19, ex 91, ex 99						— (4)			
87.06 A, B	87.06-11—99							+ (1)	+ (5)	
87.08	87.08-10, 30				+					
87.09 A	87.09-10—59							+ (1)		
87.12 A	87.12-11—19							+ (1)		
88.02 A, ex B	88.02-01—09, 39, 49				+ (2) (6)					
89.01 A, B I	89.01-10—76				+					
89.02 A	89.02-10				+					
90.12	90.12-10—70				+					
90.28 A, B	90.28-01—99				— (2)					

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
91.01	91.01-11—65				+					(1) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Japan.
91.02	91.02-11—99				+					
91.03	91.03-10—99				+					(2) Artikel 115 der Beitrittsakte.
91.07	91.07-11—98				+					(3) Mengenmäßige Beschränkungen nur gegenüber der Zone II.
91.09	91.09-20—80				+					
91.11	91.11-10—99				+					(4) Mengenmäßige Beschränkungen gegenüber Hongkong.
97.03 A, B	97.03-05—90				— (3) (4)			+ (1)		
98.03 ex B, ex C	98.03-ex 31—ex 51, ex 71, ex 75						— (2)			

FRANKREICH

Geographische Zonen, auf die im allgemeinen die mengenmäßigen Beschränkungen Anwendung finden

ZONE 1

024 Island
025 Färöer
028 Norwegen
030 Schweden
032 Finnland
036 Schweiz
038 Österreich
040 Portugal
042 Spanien
043 Andorra
044 Gibraltar
045 Vatikanstadt
046 Malta
048 Jugoslawien
052 Türkei
202 Kanarische Inseln
204 Marokko
205 Ceuta und Melilla
208 Algerien
212 Tunesien
220 Ägypten
224 Sudan
228 Mauretanien
232 Mali
236 Obervolta
240 Niger
244 Tschad
247 Republik Kap Verde
248 Senegal
252 Gambia
257 Guinea-Bissau
260 Guinea
264 Sierra Leone
268 Liberia
272 Elfenbeinküste
276 Ghana
280 Togo
284 Benin
288 Nigeria
302 Kamerun
306 Zentralafrikanische Republik
310 Äquatorialguinea
311 São Tomé und Principe
314 Gabun
318 Kongo
322 Zaire
324 Ruanda
328 Burundi
329 St. Helena und zugehörige Gebiete
330 Angola
334 Äthiopien
338 Dschibuti
342 Somalia
346 Kenia
350 Uganda
352 Tansania
355 Seychellen und zugehörige Gebiete
357 Britisches Gebiet im Indischen Ozean
366 Mosambik
370 Madagaskar
373 Mauritius
375 Komoren
378 Sambia
382 Simbabwe (ehemals Rhodesien)
386 Malawi
391 Botsuana
393 Swasiland
395 Lesotho
400 Vereinigte Staaten von Amerika
404 Kanada
406 Grönland
413 Bermuda
421 Belize
451 Westindien
453 Bahamas
454 Turks- und Caicosinseln
457 Amerikanische Jungferninseln
460 Dominica
463 Kaimaninseln
464 Jamaika
465 St. Lucia
467 St. Vincent
469 Barbados
472 Trinidad und Tobago
473 Grenada
476 Niederländische Antillen
488 Guyana
492 Surinam
529 Falklandinseln und zugehörige Gebiete
600 Zypern
604 Libanon
608 Syrien
624 Israel
628 Jordanien
636 Kuwait
640 Bahrain
644 Katar
647 Vereinigte Arabische Emirate
649 Oman
656 Südjemen
684 Laos
696 Kamputschea (Kambodscha)
701 Malaysia
703 Brunei
706 Singapur
740 Hongkong
743 Macau
801 Papua Neuguinea
803 Nauru
806 Salomonen
807 Tuvalu
808 Amerikanisch-Ozeanien
812 Kiribati
813 Pitcairn-Inseln
815 Fidschi
816 Wanuatu (ehemals Neue Hebriden)

ZONE I *(Fortsetzung)*

817 Tonga
819 Westsamoa

ZONE II

216 Libyen
390 Republik Südafrika und Namibia
412 Mexiko
416 Guatemala
424 Honduras
428 El Salvador
432 Nicaragua
436 Costa Rica
442 Panama
452 Haiti
456 Dominikanische Republik
480 Kolumbien
484 Venezuela
500 Ecuador
504 Peru
508 Brasilien
512 Chile
516 Bolivien
520 Paraguay
524 Uruguay
528 Argentinien
612 Irak
616 Iran
632 Saudi-Arabien
652 Nordjemen
660 Afghanistan
662 Pakistan
664 Indien
666 Bangladesch
667 Malediven
669 Sri Lanka
672 Nepal
675 Bhutan
676 Birma
680 Thailand
700 Indonesien
708 Philippinen
728 Südkorea
732 Japan
736 Taiwan
800 Australien
802 Australisch-Ozeanien
804 Neuseeland
814 Neuseeländisch-Ozeanien

ITALIEN

Geographische Zonen, auf die, abgesehen von Ausnahmen, die mengenmäßigen Beschränkungen Anwendung finden

ZONE A2

a) Mit der EWG assoziierte überseeische Länder und Gebiete (ÜLG):

476 Niederländische Antillen (Aruba, Bonaire, Curaçao, Saba, St. Eustatius und südlicher Teil von St. Martin)
377 Mayotte
809 Neukaledonien und zugehörige Gebiete
822 Französisch-Polynesien
890 Französische Polargebiete
811 Wallis und Futuna
421 Belize
703 Brunei
463 Kaimaninseln
529 Falklandinseln und zugehörige Gebiete
451 Montserrat
813 Pitcairn-Inseln
329 St. Helena und zugehörige Gebiete
451 Westindische Assoziierte Staaten (Anguilla, Antigua, Nevis, St. Christopher)
890 Britische Gebiete der Antarktis
357 Britisches Gebiet im Indischen Ozean
454 Turks- und Caicosinseln
451 Britische Jungferninseln

b) AKP-Staaten

236 Obervolta
453 Bahamas
469 Barbados
284 Benin
391 Botsuana
328 Burundi
302 Kamerun
247 Kap Verde
306 Zentralafrikanische Republik
244 Tschad
375 Komoren
318 Kongo (Volksrepublik)
272 Elfenbeinküste
460 Dominica
334 Äthiopien
815 Fidschi
314 Gabun
252 Gambia
276 Ghana
464 Jamaika
338 Dschibuti
473 Grenada (einschließlich der Süd-Grenadinen)
260 Guinea
257 Guinea-Bissau
310 Äquatorialguinea
488 Guyana
346 Kenia
812 Kiribati (ehemals Gilbert-Inseln)
395 Lesotho
268 Liberia
370 Madagaskar
386 Malawi
232 Mali
228 Mauretanien
373 Mauritius
240 Niger
288 Nigeria
801 Papua Neuguinea
324 Ruanda

ZONE A2 *(Fortsetzung)*

806 Salomonen (Inseln)
465 St. Lucia
467 St. Vincent (einschließlich der Nord-Grenadinen)
819 Westsamoa
311 São Tomé und Principe
355 Seychellen
248 Senegal
264 Sierra Leone
342 Somalia
224 Sudan
492 Surinam
393 Swasiland
352 Tansania
280 Togo
817 Tonga
472 Trinidad und Tobago
807 Tuvalu (ehemals Ellice-Inseln)
350 Uganda
816 Wanuatu (ehemals Neue Hebriden)
322 Zaire
378 Sambia
382 Simbabwe (ehemals Rhodesien)
038 Österreich
032 Finnland
024 Island
028 Norwegen
040 Portugal
030 Schweden
036 Schweiz
208 Algerien
600 Zypern
220 Ägypten
628 Jordanien
025 Färöer
624 Israel
048 Jugoslawien
604 Libanon
046 Malta
204 Marokko
608 Syrien
042 Spanien
212 Tunesien
052 Türkei

ZONE A3

660 Afghanistan
647 Vereinigte Arabische Emirate
(Abu Dhabi, Dubai, Schardscha, Adschman, Umm al-Kaiwein, Ras-el-Chaima und Fudchaira)
043 Andorra
330 Angola und Cabinda
632 Saudi-Arabien
528 Argentinien
800 Australien (und Verwaltungsgebiete)
040 Azoren
640 Bahrain
666 Bangladesch
413 Bermuda
675 Bhutan
676 Birma
516 Bolivien
508 Brasilien
036 Büsingen (Gebiet der Bundesrepublik Deutschland)
696 Kamputschea (Ora Kmer)
404 Kanada
202 Kanarische Inseln
205 Ceuta
512 Chile
480 Kolumbien
728 Südkorea
436 Costa Rica
448 Kuba
456 Dominikanische Republik
500 Ecuador
428 El Salvador
708 Philippinen
044 Gibraltar
406 Grönland
416 Guatemala
452 Haiti
424 Honduras
740 Hongkong
664 Indien
700 Indonesien
612 Irak
616 Iran
696 Kamputschea (Kambodscha)
636 Kuwait
684 Laos
216 Libyen
743 Macau
701 Malaysia
667 Malediven
205 Ceuta und Melilla
412 Mexiko
366 Mosambik
803 Nauru
672 Nepal
432 Nicaragua
804 Neuseeland (und Verwaltungsgebiete)
649 Oman
662 Pakistan
442 Panama
520 Paraguay
504 Peru
644 Katar
706 Singapur
669 Sri Lanka
400 Vereinigte Staaten von Amerika (und Verwaltungsgebiete)
390 Südafrika
736 Taiwan
680 Thailand
524 Uruguay
484 Venezuela
652 (Nord) Jemen
656 Südjemen (Volksrepublik)

ZONE C

732 Japan

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Geographische Zonen, auf die, abgesehen von Ausnahmen, die mengenmäßigen Beschränkungen Anwendung finden

I. DOLLAR-ZONE

516 Bolivien
404 Kanada
480 Kolumbien
436 Costa Rica
448 Kuba
456 Dominikanische Republik
500 Ecuador
428 El Salvador
416 Guatemala
452 Haiti
424 Honduras
268 Liberia
412 Mexiko
432 Nicaragua
442 Panama
708 Philippinen
400 Vereinigte Staaten von Amerika
484 Venezuela

II. ZONE „RESIDUAL TEXTILE" = alle Länder und Gebiete außer:

208 Algerien
528 Argentinien
666 Bangladesch
516 Bolivien
508 Brasilien
480 Kolumbien
428 El Salvador
416 Guatemala
452 Haiti
740 Hongkong
664 Indien
700 Indonesien
616 Iran
628 Jordanien
728 Republik Korea
743 Macau
701 Malaysia
412 Mexiko
432 Nicaragua
662 Pakistan
520 Paraguay
504 Peru
708 Philippinen
706 Singapur
669 Sri Lanka
608 Syrien
736 Taiwan
680 Thailand
524 Uruguay
382 Simbabwe

und die Länder der AKP-Zone, der CEFTA-Zone, der Zone Fernost und West, der Mittelmeer-Zone und der ÜLG-Zone.

1. AKP-ZONE

453 Bahamas
469 Barbados
284 Benin
391 Botsuana
328 Burundi
302 Kamerun
247 Kap Verde
306 Zentralafrikanische Republik
244 Tschad
375 Komoren
318 Kongo
338 Dschibuti
460 Dominica
310 Äquatorialguinea
334 Äthiopien
815 Fidschi
314 Gabun
252 Gambia
276 Ghana
473 Grenada
260 Guinea
257 Guinea-Bissau
488 Guyana
272 Elfenbeinküste
346 Kenia
812 Kiribati
395 Lesotho
268 Liberia
370 Madagaskar
386 Malawi
232 Mali
228 Mauretanien
373 Mauritius
240 Niger
288 Nigeria
801 Papua Neuguinea
324 Ruanda
465 St. Lucia
467 St. Vincent
311 São Tomé und Principe
248 Senegal
355 Seychellen
264 Sierra Leone
806 Salomonen
342 Somalia
224 Sudan
492 Surinam
393 Swasiland
352 Tansania
280 Togo
817 Tonga
472 Trinidad und Tobago
807 Tuvalu
350 Uganda
236 Obervolta
819 Westsamoa
322 Zaire
378 Sambia

2. CEFTA-ZONE

038 Österreich
002 Belgien
008 Dänemark
032 Finnland
001 Frankreich
004 Bundesrepublik Deutschland (Westberlin)
009 Griechenland
024 Island
007 Irland
005 Italien
002 Luxemburg
003 Niederlande
028 Norwegen
040 Portugal
030 Schweden
036 Schweiz
006 Vereinigtes Königreich

3. ZONE FERNOST UND WEST

800 Australien
404 Kanada
732 Japan
804 Neuseeland
400 Vereinigte Staaten von Amerika

4. MITTELMEERZONE

600 Zypern
220 Ägypten
624 Israel
604 Libanon
046 Malta
204 Marokko
042 Spanien
212 Tunesien
052 Türkei
048 Jugoslawien

5. ÜLG-ZONE

421 Belize
890 Britische Gebiete der Antarktis
357 Britische Gebiete im Indischen Ozean (Tschagos-Inseln)
451 Westindien
(Antigua, St. Christopher (St. Kitts)-Nevis-Anguilla; britische Jungferninseln; Montserrat)
703 Brunei
463 Kaiman Inseln
529 Falklandinseln und zugehörige Gebiete
822 Französisch-Polynesien
890 Polargebiete
377 Mayotte
476 Niederländische Antillen
(Aruba, Bonaire, Curaçao, Saba, St. Eustatius, St. Martin (südlicher Teil)
809 Neukaledonien und zugehörige Gebiete
813 Pitcairn-Inseln
329 St. Helena und zugehörige Gebiete
408 St. Pierre und Miquelon
454 Turks- und Caicosinseln
816 Wanuatu (Neue Hebriden)
811 Wallis und Futuna

ANHANG II

LISTE DER DER ÜBERWACHUNG UNTERLIEGENDEN WAREN

Bedeutung der Zeichen:

\+ = in vollem Umfang unter Überwachung;

— = teilweise unter Überwachung.

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
01.01 A II	01.01-15					+					(1) Verordnung (EWG) Nr. 3353/75 der Kommission vom 23. Dezember 1975 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Überwachung der Einfuhren von bestimmten lebenden Pflanzen und bestimmten Waren des Blumenhandels mit Ursprung in bestimmten Ländern (ABl. Nr. L 330 vom 24. 12. 1975, S. 29), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 851/80 (ABl. Nr. L 92 vom 9. 4. 1980, S. 10). Ursprung: verschiedene Länder. Die Geltungsdauer der Überwachungsmaßnahmen endet am 31. 12. 1982.
02.01 A I, B II d)	02.01-01—99					+					
03.03 B IV a) 1 ex aa), ex bb)	03.03-68								—		
06.02 ex D	06.02-78—83					—					
06.03 A I	06.03-01, 05	+ (1)									
A II	06.03-51, 55, 57	+ (1)									
06.04 B I	06.04-41, 49	+ (1)									
07.01 A I, ex H, Q	07.01-11, 62—63, 84—89					—					
07.02 ex B	07.02-20—80					—					
07.03 A	07.03-11, 13					+					
E	61, 69					+					
F	91					+					
07.04 A, ex B	07.04-10, 60—80					+			—		
07.05 A I	07.05-11—25					+					
A II	30					+					
08.10 ex A	08.10-11					+					
B, C, D	30—90					+					
08.11 A, B, D	08.11-10, 30, 60					+					
ex E	91—99					—					
08.12 F I, F II, G	08.12-61, 65, 80					+					
10.05 A	10.05-11—19					+					

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
10.06	10.06-01					+					
11.05	11.05-00					+					
12.01 A	12.01-12—19					+					
12.03	12.03-11—89					+					
13.03 B	13.03-31, 39					+					
ex 16.01	16.01-10—98					—					
16.02 A I	16.02-11					+					
A ex II	13					—					
B II	25					+					
B III ex b)	52—99					—					
16.05 ex B	16.05-30, 50					—					
19.03	19.03-10—90					+					
20.01	20.01-10—80					+					
20.02 A, B	20.02-10, 20					+					
ex C	31—37					—					
D, E, F	40, 50, 60					+					
H	98					+					
ex 20.03	20.03-00					—					
20.04	20.04-10—90					+					
20.05 A	20.05-21, 29					+					
B	32—39					+					
ex C	43—49					—					

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
20.06 B II ex a)	20.06-34, 36—39, 47, 50—55					—					
ex b)	57—76, 77, 81—84					—					
ex c)	87, 88, 93, 94, 96, 99					—					
20.07 A I ex a), b) 1, A II	20.07-01, 02, 04—06					+					
A ex III	08—14, 17, 18					—					
B ex I	19—35, 40					—					
ex II	44, 51, 53, 66—70, 72, 73, 84—86, 94—96					+					
21.02 A	21.02-11—19					+					
21.07 A, B, C, D, E, F	21.07-01—26					+					
G I a) 2	28—30					+					
G I b), G II—IV	32—99					+					
25.31 A	25.31-11, 15								+		
26.01 C, D	26.01-31—49					+					
27.10	27.10-11—79		+ *								
28.04 C ex V	28.04-93, 97					+					
29.01 ex D II	29.01-71					+					
30.02 A	30.02-11—19					+					
C	90					+					
30.03	30.03-11—49					+					
ex 30.05	30.05-10, 20, 30, 90					+					
31.02 A	31.02-10					+			+		
B, C	15—90					+			+		

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
31.03 A I	31.03-15	+ (1)									(1) Verordnung (EWG) Nr. 440/77 (ABl. Nr. L 58 vom 3. 3. 1977, S. 11) Geltungsdauer verlängert durch Verordnung (EWG) Nr. 3697/81 (ABl. Nr. L 369 vom 24. 12. 1981, S. 30).
31.05 A II a)	31.05-12	+ (1)									
40.11 ex B II	40.11-21, 52								—		
50.01	50.01-00							+			
50.02	50.02-00							+			Ursprung: GATT-Länder und ihnen gleichgestellte Länder, gültig bis 31. 12. 1982.
50.03	50.03-10, 90							+			
50.04	50.04-10, 90							+			
50.05	50.05-10—99							+			
50.07	50.07-10, 90							+			
51.01	51.01-05—80							+			
ex A	29—36					+					
51.02 A, B I	51.02-12—41							+			
B II	49							+	+		
51.03	51.03-10, 20							+			
51.04	51.04-03—98								+		
A ex III, IV	10—48		*								
52.01	52.01-10, 90							+			
53.01	53.01-10—40							+			
53.02	53.02-10—97							+			
53.03	53.03-01—95							+			
53.04	53.04-00							+			

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
53.05	53.05-10—50		*					+			
53.06	53.06-21—75							+			
53.07	53.07-02—89		*					+			
ex 53.08	53.08-21, 25		*					+			
53.09	53.09-00							+			
53.10	53.10-11—20							+			
53.11	53.11-01—97		*								
53.12	53.12-00							+			
54.01	54.01-10—70							+			
54.02	54.02-00							+			
54.03	54.03.10—69							+			
54.04	54.04-10, 90							+			
54.05	54.05-21—61							+			
	68							+	+		
55.01	55.01-10, 90							+			
55.02	55.02-10, 90							+			
55.03	55.03-10—90							+			
55.04	55.04-00							+			
55.05	55.05-13—98		*			+		+			
55.06	55.06-10, 90		*					+			
55.08	55.08-10—80		*			+		+		+	
55.09	55.09-01—99		*					+			

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
56.01	56.01-11—28							+			
56.02	56.02-11—28							+			
56.03	56.03-11—28							+			
56.04	56.04-11—28							+			
56.05	56.05-03—99		*					+	+		
56.06	56.06-11—20							+			
56.07	56.07-01—87		*								
57.01	57.01-20, 50							+			
57.02	57.02-00							+			
57.03	57.03-10—50							+			
57.04	57.04-10, 90							+			
57.06	57.06-11—30		*			+		+			
57.07	57.07-01, 07—90							+			
A I b)	03							+	+		
57.10	57.01-21—70		*					+			
57.11	57.11-10—90							+			
58.04	58.04-05—78		*			+					
	80					+			+		
58.07	58.07-31—80							+			
58.08	58.08-10, 90							+			
58.09	58.09-11—99							+			
58.10	58.10-21—59							+			

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
59.01	59.01-07—29							+			(1) Verordnung (EWG) Nr. 997/80 (ABl. Nr. L 107 vom 25. 4. 1980, S. 10) Ursprung: Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand, Singapur; Geltungsdauer zuletzt verlängert durch Verordnung (EWG) Nr. 3787/81 (ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1981, S. 51). Gültig bis 31. 12. 1982.
59.02	59.02-01—97							+			
59.03	59.03-11—30							+			
59.04	59.04-11—18, 31		*							+	
	11—80		*					+			
59.05	59.05-11—99							+			
59.06	59.06-00							+			
59.07	59.07-10, 90							+			
59.08	59.08-10—79							+			
59.10	59.10-10—39							+			
59.11	59.11-11—20							+			
59.12	59.12-00							+			
59.13	59.13-01—39							+			
59.14	59.14-00							+			
59.15	59.15-10, 90							+			
59.16	59.16-00							+			
59.17	59.17-10—99							+			
60.02	60.02-40—80		*			+			+	+	
60.03 A, B I, B II b), C, D	60.03-11—20, 27—90	+ (1)	*							+	
B II b)	27		*			+				+	
60.04	60.04-02—90		*			+	—		+	+	

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
60.05	60.05-01—15, 21, 26—99		*				—		+	+	(1) Verordnung (EWG) Nr. 997/80 (ABl. Nr. L 107 vom 25. 4. 1980, S. 10) Ursprung: Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand, Singapur; Geltungsdauer zuletzt verlängert durch Verordnung (EWG) Nr. 3787/81 (ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1981, S. 51). Gültig bis 31. 12. 1982. (2) Verordnung (EWG) Nr. 2819/79 (ABl. Nr. L 320 vom 15. 12. 1979, S. 9) Ursprung: Ägypten, Spanien, Malta, Portugal, Türkei; Geltungsdauer zuletzt verlängert durch Verordnung (EWG) Nr. 3785/81 (ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1981, S. 41). Gültig bis 31. 12. 1982.
	A II b) 3 16—19	+ (2)	*							+	
	A II b) 4 aa) 22—25	+ (1)	*				+			+	
	45—48		*				—			+	
60.06	60.06-11—98							+			
	B 91—98		*								
61.01	61.01-01—26, 34—58, 68, 78—98		*				—		+	+	
	B IV 29—32	+ (1) (2)	*							+	
	B V d), e) 62—66, 72—76	+ (1)	*				+			+	
61.02	61.02-01—24, 31—64, 74, 76, 85—94		*				—		+	+	
	B II d 25—28	+ (1) (2)	*							+	
	B II e) 6—7 66—72, 78—84	+ (1)	*				+			+	
61.03 A	61.03-11—19	+ (1)	*				+			+	
	B—C 51—89		*						+	+	
61.04	61.04-01—98								+	+	
61.05 A, B I, B III	61.05-20, 30, 99		*								
61.09	61.09-20—80		*							+	
61.10	61.10-00									+	
62.02	62.02-01—89		*							+	
62.03	62.03-11—98							+			
	B II ex b) 96		*								
ex 62.04	62.04-21, 25—69, 75, 79		*					+			
	A II, B II 23, 73	+ (1)	*							+	
62.05	62.05-01—30, 95, 99		*					+			
ex 62.05	93		*					+		—	

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
64.01	64.01-11—99	+ (1)								+	(1) Entscheidung 78/560/EWG (ABl. Nr. L 188 vom 11. 7. 1978, S. 28). Geltungsdauer zuletzt verlängert durch Verordnung (EWG) Nr. 3698/81 (ABl. Nr. L 369 vom 24. 12. 1981, S. 31). Ursprung: alle Drittländer.
64.02	64.02-21—99	+ (1)								+	
64.03	64.03-00	+ (1)								+	
64.04	64.04-10, 90	+ (1)								+	
64.05	64.05-10, 98	+ (1)									
ex 65.05	65.05-30, 90								—		
66.01	66.01-20, 50, 80			+		+			+		
66.03	66.03-10, 90					+			+		
ex 68.03	68.03-11—90					+					
69.12 A, B	69.12-10, 20					+					
69.13 B	69.13-20					+			+		
71.02 A, B	71.02-01—98		+ *								
71.03 A, B	71.03-10—99		+ *								
71.04	71.04-00		+ *								
71.07 B, C	71.07-20, 30		+ *								
73.01 B, C, D	73.01-21—49								+		
73.02 A II, B, C, D, E II, F	73.01-19—40, 55—70, 83, 98					+					
E I	52—54			+		+					
73.10 C	73.10-30					+					
73.11 A III, IV b)	73.11-31, 39, 49					+					

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
73.12 B II, C IV	73.12-25, 29, 61—65					+					
73.13 B ex II a)	73.13-41								+		
73.14	73.14-01—99					+					
73.15 A V c), d 1 bb), d) 2	73.63-50, 74, 79					+					
A VI b), c) 2, d)	73.64-50, 79, 90					+					
A VII d) 2	73.65-83					+					
A VIII	73.66-40—89					+					
B V a), c), d) 1 bb), d) 2	73.73-13—19, 43—59, 74, 83, 89					+					
B VIII	73.76-13—19					+					
73.18	73.18-01—99					+					
ex 73.20	73.20-31—99					+					
	30								—		
73.24	73.24-10—25								+		
73.25	73.25-01—98					+					
73.31 ex B	73.31-96—98					+					
ex 73.36	73.36-19					+					
73.38 B	73.38-05—98					+					
74.01	74.01-01—98					+					
75.01	75.01-10—38					+					
75.03 B	75.03-20					+					
81.04 G 1	81.04-40, 42					+					
M	69					+					
N	72—76					+					

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
84.06 ex C	84.06-16—19, 32								—		(1) Verordnung (EWG) Nr. 536/81 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Überwachung der Einfuhren von bestimmten Werkzeugmaschinen mit Ursprung in Japan (ABl. Nr. L 54 vom 28. 2. 1981, S. 62) in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 3595/81 (ABl. Nr. L 361 vom 16. 12. 1981, S. 9 und 10) Geltungsdauer bis zum 31. 12. 1982.
84.11 ex A II b)	84.11-35, 36								—		
84.15 C ex II	84.15-14—19					—					
84.41 A	84.41-12—17								+		
84.45 C I a), C II a), ex C V a) C VII a)	84.45-12—16, 36, 37 51, 64, 94	— (1)									
ex 84.55 A, B, C	84.55-10—99								—		
ex 84.62	84.62-11—26					+					
85.01 B ex II	85.01-84, 88					—					(2) Verordnung (EWG) Nr. 537/81 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Überwachung der Einfuhren von Farbfernsehempfangsgeräten und Kathodenstrahlröhren für Farbfernsehempfangsgeräte mit Ursprung in Japan (ABl. Nr. L 54 vom 28. 2. 1981, S. 63) in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 3595/81 (ABl. Nr. L 361 vom 16. 12. 1981, S. 9 und 10) Geltungsdauer bis 31. 12. 1982.
85.03	85.03-11—90					+					
85.10	85.10-10—95					+					
ex 85.13 A, B	85.13-11—85								—		
85.15 A III b) ex 2	85.15-16—19	— (2)									
ex 85.15 A III b) 2	20—23						—				
85.19 ex A	85.19-01—75					—					
85.20	85.20-01—79								+		
85.21 ex A, B, C, D	85.21-01—07, 14—68								—		
A ex III	10—12	+ (2)									
85.23 ex B	85.23-05—99					+					
82.24 A, ex B	85.24-10, 93					+					
85.25 A	85.25-21—27								+		

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
87.02 ex A I b)	87.02-21—25	— (1)									(1) Verordnung (EWG) Nr. 535/81 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Überwachung der Einfuhren von Kraftwagen mit Ursprung in Japan (ABl. Nr. L 54 vom 28. 2. 1981, S. 61) in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 3595/81 (ABl. Nr. L 361 vom 16. 12. 1981, S. 9) Geltungsdauer bis 31. 12. 1982.
B II a) ex 1	72—82					—					
ex 87.04	87.04-01—99					—					
ex 87.06	87.06-11—99					—					
87.09	87.09-10					+			+		
	51—90								+		
88.02 B	88.02-15—49					+					
90.02	90.02-11—90					+					
ex 90.05	90.05-20, 30					+					
ex 90.08	90.08-11—37					+					
90.09	90.09-15					+					
ex 90.10 C	90.10-42—90					—					
ex 90.17	90.17-01—99					—					
ex 90.26	90.26-10								—		
90.27	90.27-10—50								+		
90.29 B	90.29-15—80					+					
91.04	91.04-20—79								+		
ex 92.11 A III, B	92.11-50, 80		+								
93.02	93.02-10, 90		*								
93.03	93.03-00		*								

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE 1982	EUR	BNL	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	Bemerkungen
93.04	93.04-20—90		*								
93.05	93.05-00		*								
93.06	93.06-10—49		*								
93.07	93.07-10—99		*								
98.02	98.02-11—99					+			+		